



STIMMEN FÜR LÜBECK

DER NEWSLETTER DER SPD-LANDTAGSABGEORDNETEN

Wolfgang Baasch | Kerstin Metzner | Thomas Rother | Ausgabe Nr.13 | Juni 2019

Wir wünschen
allen Genossinnen und Genossen,
allen Leserinnen und Lesern
einen erholsamen Sommer!

| Für Lübeck im Landtag!

KERSTIN-METZNER.DE

THOMAS-ROTHER.DE

WOLFGANG-BAASCH.DE

Lübeck

Sommergruß

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Freundinnen und Freunde,

die SPD ist in einer schwierigen Situation. Bei der Europawahl erreichten wir nur den dritten Platz. Die Parteivorsitzende ist zurückgetreten, die Partei wird derzeit kommissarisch geführt, es ist ein Verfahren zur Neuaufstellung der Parteispitze eingeleitet. Bundespolitisch haben wir uns in eine schwierige Situation manövriert.

Wieder einmal müssen wir uns personell, inhaltlich und organisatorisch neu aufstellen.

Im Osten der Republik fürchten wir um den Durchmarsch der AfD. Manche führende CDU Politiker sind dort schon zur Zusammenarbeit bereit.

Hinzu kommt, dass ein neuer Rechtsterrorismus das Land erschüttert – erstaunlicher Weise nicht die Partei, der das prominente Opfer Walter Lübcke angehörte, – die CDU.

Wir schweigen nicht und wehren uns gegen Rechtsextremismus in jeder Form!

Die Grüne Partei verkauft sich gerne als neue SPD. Dabei bleiben bei den Grünen viele Fragen wie die nach der sozialen Gestaltung der Energie- und Verkehrswende offen.

Und wir sollten auch nicht vergessen: die Jugendorganisation der SPD hat noch immer mehr Mitglieder als die ganze grüne Partei!

Wir haben also keinen Anlass unser Selbstbewusstsein zu verlieren!

Deshalb werden wir in den nächsten Wochen und Monaten weiter arbeiten und weiter Verantwortung übernehmen. Herausforderungen gibt es genug:

- Die Finanzierung des Lübecker Theaters und damit seine Zukunft müssen gesichert werden.
- Das UKSH muss räumlich und finanziell saniert werden, um eine umfassende Versorgung der Menschen in der Region gewährleisten zu können.
- Die kommunalen Finanzen dürfen nicht zu Lasten der Städte neu geordnet werden.
- Weitere Mittel sind notwendig, um den sozialen Wohnungsbau zu stärken.
- Und wir müssen ernst machen mit Maßnahmen, die den Klimawandel stoppen!

Ohne SPD geht das nicht!

Wir wünschen euch schöne und erholsame Urlaubs- und Ferientage!

*Thomas Rother ·
Kerstin Metzner · Wolfgang Baasch*





Landtag

Nachtragshaushalt 2019 – wir stimmen zu

Es ist nicht unbedingt üblich, dass eine Oppositionsfraktion einer Haushaltsvorlage der Regierung zustimmt.

Beim Nachtragshaushalt in Höhe von 19,5 Mio. Euro haben wir es diesmal aus guten Gründen gemacht:

- Für die Landwirtinnen und Landwirte werden weitere Dürrehilfen bereitgestellt.
- Zum so genannten Wolfsmanagement werden Mittel zur Finanzierung von Herdenschutzmaßnahmen gewährt.
- Breitbandausbau, Online-Zugang für Verwaltungsportale und der Digitalpakt Schule werden auf diesem Weg finanziert.

Kürzungen bei den Zinsausgaben, eine höhere Feldes- und Förderabgabe, etwa für die Gewinnung von Erdöl aus der Nordsee und Mehreinnahmen aus der Wasserabgabe für das KKW Brunsbüttel machen diese Maßnahmen möglich.

Alle diese Punkte sind auch aus Sicht der

SPD-Fraktion sinnvoll und notwendig. Daher haben wir der Haushaltsvorlage zugestimmt.

Das entbindet die Landesregierung nicht von der Notwendigkeit,

- bei der Beamtenbesoldung Urlaubs- und Weihnachtsgeld in voller Höhe wieder einzuführen,
- die erforderlichen Investitionen beim UKSH zu finanzieren und das Defizit des Krankenhauses auszugleichen,
- eine auskömmliche Finanzierung der Kitas – mit Beitragsfreiheit – sicherzustellen,
- die kommunalen Finanzen durch einen neuen Finanzausgleich auf sichere Beine zu stellen und
- in ausreichendem Umfang die Mittel zur Integration von Geflüchteten weiter bereitzustellen und keine Kürzungen vorzunehmen.

Antworten auf diese Fragen müssen zum Haushalt 2020 vorliegen! Wenn die Landesregierung sie nicht gibt, werden wir gerne Nachhilfeunterricht erteilen.

*Thomas Rother ·
Kerstin Metzner · Wolfgang Baasch*

Fraktion vor Ort

SPD besuchte Bereichsleitung Asyl der Gemeindediakonie

Wie hat sich die Wohnsituation von Geflüchteten in Lübeck entwickelt? Wie gut funktioniert die Integration der Menschen? Wo kann die Hansestadt Lübeck nachbessern? Diese und noch viele weitere Fragen stellten Thomas Rother und Ingo Schaffenberg dem Bereichsleiter Obdach und Asyl der Gemeindediakonie Lübeck, André Weidmann und dessen Stellvertreter Heiko Praetz.

In der ehemaligen Seefahrtsschule informierten sich die Besucher ausführlich über die aktuelle Situation in den 31 Wohnanlagen für Asylsuchende und verschafften sich einen Eindruck von den Räumlichkeiten.

Nach dem Beschluss der Hansestadt von 2017, die beengte Wohnsituation in den Gemeinschaftsunterkünften zu entzerren, interessierte es Rother und Schaffenberg besonders, inwieweit dies gelungen ist.

Ein gutes Beispiel ist die Unterkunft in der

Wallstraße: Lebten hier einmal 80 geflüchtete junge Männer, sind es heute nur noch 30. "Früher gab es hier noch Sechserzimmer", berichtete André Weidmann, "heute leben die Bewohner in Einzel- oder Zweierzimmern." Sie teilten sich Gemeinschaftsduschen und eine Gemeinschaftsküche. "Die Entzerrung ist geglückt", so Weidmann. Heute haben die Bewohner mehr Privatsphäre, das hat auch Spannungen in den Unterkünften abgebaut. "Allerdings sind wir durch die Entzerrung weiterhin an der Grenze unserer Auslastung."

Die Gemeindediakonie betreut im Auftrag der Hansestadt Lübeck heute noch insgesamt 1300 Bewohnerinnen und Bewohner, die teilweise drei Jahre in den 31 Unterkünften bleiben – trotz des erfolgreichen Probewohn-Modells in Lübeck, das sogar als Vorbild in andere Kommunen getragen wurde. Lösen lässt sich dieses Problem letztlich nur durch eine verstärkte Wohnungsbaupolitik. Insgesamt sei die Zusammenarbeit mit den Behörden, auch mit der städtischen Wohnungsgesellschaft Trave, auf allen Ebenen ausgesprochen gut, so betonten Weidmann und Praetz immer wieder. Gleiches gelte für die Zusammenarbeit mit anderen sozialen Trägern. ➔



André Weidmann, Heiko Praetz, Thomas Rother und Ingo Schaffenberg (v.l.n.r.) im Gespräch über die aktuelle Situation des Bereichs Asyl der Gemeindediakonie



Probleme gibt es bei der Übernahme von Dolmetscherkosten, die bislang nur bei Asylbewerbern, nicht aber für anerkannte Flüchtlinge gewährt wird. Sprachkenntnisse von Geflüchteten sind auch sonst ein Problem, auch die Begleitung beim Übergang ins Berufsleben muss besser werden.

Ein weiteres Thema war die Situation am Krähenteich, die, wie Drogenprävention insgesamt, auch bei der Gemeindediakonie ein Thema ist; hier sieht die

Gemeindediakonie die Möglichkeit, das eigene Engagement auszuweiten.

"Diese Angebote dienen dem Zusammenhalt der Menschen in Lübeck und geben ihnen zudem die Möglichkeit, sich sozial zu engagieren und für Andere einzusetzen", so Weidmann. Auch die Integration von Geflüchteten über Sportvereine und andere Kultureinrichtungen war sehr erfolgreich.

Anfeindungen von außen, wie sie die Gemeindediakonie um 2016 herum erlebt habe, gäbe es kaum noch. Nur gelegentlichen Sozialneid bekämen Weidmann und seine Mitarbeitenden immer mal wieder zu spüren. Generell lässt sich beobachten, dass Menschen in Notlagen oft nicht wissen, an wen sie sich wenden können – und dann Flüchtlinge verantwortlich machen, obwohl es auch für sie passende Angebote gibt.

Thomas Rother

Landtag

In eigener Sache

Die Fraktion hat mich am 21.06.2019 mit neuen Aufgaben betraut:

Ich wurde einstimmig zum neuen Vorsitzenden des Arbeitskreises Innen, Wohnen, Digitalisierung, Kommunales, Recht und Gleichstellung und somit auch in den Fraktionsvorstand gewählt.

Diese Wahl wurde notwendig, weil Kai Dolgner, der bisherige Arbeitskreisvorsitzende nicht wieder antrat.

Damit wird sich auch meine Ausschusszugehörigkeit verändern und ich werde vom Finanz- in den Innen- und Rechtsausschuss wechseln.

Welche Fachaufgaben ich nun wahrnehmen werde, wird nach und nach entschieden.

Dazu werde ich euch im nächsten Newsletter berichten.

Thomas Rother



Fraktion vor Ort

„Aktionswoche Hotel- und Gaststättengewerbe“ der SPD-Landtagsfraktion

Zufriedene Mitarbeiter*innen sind Voraussetzung für einen erfolgreichen Tourismus in Schleswig-Holstein. Davon konnten sich die beiden Landtagsabgeordneten Wolfgang Baasch und Kerstin Metzner bei ihren Praktika im Hotel- und Gaststättengewerbe überzeugen. Hintergrund des Abgeordneten-Praktikums war die „Aktionswoche Hotel- und Gaststättengewerbe“ der SPD-Landtagsfraktion vom 27. bis 31. Mai 2019. Wolfgang Baasch bekam Einblicke in die Service-Abläufe in der Traditionsgaststätte Schiffergesellschaft vermittelt. Für Kerstin

Metzner stand am 27. Mai 2019 der Hotelbetrieb im Vordergrund. Sie hatte im Hotel Excelsior in Lübeck die Möglichkeit, die Belegschaft bei ihren täglichen Arbeiten zu unterstützen.

„Besonders beeindruckt hat mich, wie schnell und gründlich hier gearbeitet wird.“ sagten die Abgeordneten bei ihren jeweiligen Abschlussgesprächen mit Mitarbeiter*innen und Hotelleitung. Der Tourismus in Schleswig-Holstein boomt. Dank der Tourismusstrategie der letzten Küstenkoalition erwirtschaften die über 168.000 Beschäftigten in Schleswig-Holstein einen Bruttoumsatz von 9,5 Mrd. EUR jährlich. Nach dem starken quantitativen Wachstum der letzten Jahre, muss nun eine werteorientierte Tourismusentwicklung im Vordergrund stehen. Besonders bei Arbeitsbedingungen und Ausbildung besteht akuter Handlungsbedarf. ➔



➔ Denn, der Fachkräftemangel wird immer größer. Laut Deutschem Hotel- und Gaststättenverband (DEHOGA) fehlten in Schleswig-Holstein im Sommer 2018 ca. 3.000 Fachkräfte, Auszubildende und Aushilfskräfte.

Dabei bieten sich im Hotel- und Gaststättengewerbe vielfältige Job- und Ausbildungschancen. Entscheidend wird sein, diese auch für angehende Hotel- und Gastronomiefachkräfte attraktiv zu gestalten. Ein Auftrag, den die derzeitige Jamaika-Koalition vernachlässigt. Im Moment entscheiden sich viele junge Menschen gegen eine Ausbildung in diesem Bereich oder brechen diese vorzeitig ab. Die Gründe sind vielfältig, doch häufig zeigt sich, dass schlechte Arbeitsbedingungen oder eine schlechte Bezahlung den Ausschlag dafür geben.

„Wir brauchen einen Azubi-Mindestlohn, denn dieser ist Motivation und Wertschätzung für die Nachwuchsfachkräfte“,

betont Wolfgang Baasch.

„Auch eine stärkere Tarifbindung und die von den Gewerkschaften geforderte Gute Arbeit können dazu beitragen, den Fachkräftemangel zu bekämpfen,“

ergänzt dazu Kerstin Metzner.

Sowohl im Hotel Excelsior als auch in der Schiffergesellschaft haben sich die beiden Abgeordneten intensiv über Herausforderungen im Hotel- und Gaststättengewerbe ausgetauscht. Dabei war allen Beteiligten klar, dass eine nachhaltige Entwicklung des Tourismus in Schleswig-Holstein im Sinne aller ist. Die Rahmenbedingungen dafür muss die Politik schaffen. Fachkräfte fallen nicht vom Himmel, man muss aktiv etwas dafür tun. Deshalb setzt

sich die SPD-Landtagsfraktion weiterhin für die Mindestausbildungsvergütung, Gute Arbeit und die Ausweitung der Tarifbindung ein.

Um die Arbeit der Mitarbeiter*innen und der Betriebe zu würdigen, waren alle Praktikumsbetriebe und deren Mitarbeiter*innen zur Abschlussveranstaltung der „Aktionswoche Hotel- und Gaststättengewerbe“ der SPD-Landtagsfraktion am 17.06.2019 ins Landeshaus eingeladen.

„Wir bedanken uns bei den beiden Betrieben herzlich für die gewonnen Einblicke.“

Kerstin Metzner ·
Wolfgang Baasch



Landespolitik

Theaterfinanzierung auf neue Beine stellen!

Zur Krise des Lübecker Theaters erklären die drei SPD-Landtagsabgeordneten, Wolfgang Baasch Kerstin Metzner und Thomas Rother: Wir bedauern die vorzeitige Kündigung des Lübecker Theaterintendanten zutiefst. Christian Schwandt hat über lange Jahre mit Engagement die Lübecker Bühnen in eine Erfolgsspur gebracht. Das ist umso bemerkenswerter, da seine Möglichkeiten durch Sparvorgaben stark eingeengt wurden. Die Hansestadt hat ihren Beitrag geleistet, um die finanziellen Zwänge zu mildern.

Die Kieler Jamaika-Regierung hat sich hingegen aus ihrer Verantwortung gestohlen. Nicht einmal die Erhöhung der Zuwendungen

aus dem kommunalen Finanzausgleich wurde in Angriff genommen. Die tarifliche Absicherung der Beschäftigten wurde vollkommen aus dem Blick verloren.

Baasch, Metzner und Rother fordern daher nicht nur die Erhöhung der Mittel aus dem Finanzausgleich, sondern auch einen eigenen finanziellen Beitrag des Landes zur Entlastung aller Theater in Schleswig-Holstein. Spätestens zu den Haushaltsberatungen im Herbst dieses Jahres werden wir die Regierung zwingen, sich mit einem entsprechenden Haushaltantrag der SPD-Fraktion zu befassen.

Wir fordern die Jamaika-Koalition auf, die Kulturhauptstadt Lübeck zu stärken!

Kerstin Metzner ·
Wolfgang Baasch · Thomas Rother



Umsetzung Bundesteilhabegesetz

Bei der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes in Schleswig-Holstein sind noch viele Fragen offen

Nach dem Ersten Teilhabestärkungsgesetz, das am 26.04.2018 in Schleswig-Holstein in Kraft getreten ist, liegt uns nun das zweite Gesetz zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes zur Beratung vor.

Mit der dritten Reformstufe des Bundesteilhabegesetzes ab 2020 muss die Trennung der Fachleistungen der Eingliederungshilfe von den existenzsichernden Leistungen umgesetzt werden. Dieses Vorhaben führt bei vielen Menschen, die bisher auf Leistungen der Eingliederungshilfe angewiesen waren, und bei den Angehörigen von Menschen mit Behinderung zu Sorgen und Befürchtungen. In diesem Prozess erweist es sich als richtig und gut, dass wir mit dem ersten Teilhabestärkungsgesetz die Beteiligung und Mitwirkungsrechte der Menschen mit Behinderung gestärkt haben. Die Einrichtung des Landesbeirates zur Teilhabe von Menschen mit Behinderungen und seine Beteiligung an den Verhandlungen zum Beispiel auch zum Landesrahmenvertrag sind eine angemessene Form, den zentralen Grundsatz der UN-Behindertenrechtskonvention „Nicht ohne uns über uns“ umzusetzen.

Für die Weiterentwicklung der Strukturen der Eingliederungshilfe in Schleswig-Holstein wurde mit dem ersten Teilhabestärkungsgesetz eine Arbeitsgemeinschaft eingerichtet. Darin sind auch Menschen mit Behinderungen beteiligt. Nun wird im vorliegenden Gesetzentwurf diese Arbeitsgemeinschaft von

einer neuen gleichlautenden Arbeitsgemeinschaft abgelöst. Allerdings werden der neuen Arbeitsgemeinschaft im Gesetzestext keine konkreten Aufgaben mehr zugeschrieben. Das sieht für mich nach einem zahnlosen Tiger aus. Andere Bundesländer sind da viel konkreter. So haben wir die Befürchtung, dass alles wieder dem Steuerungskreis Eingliederungshilfe überlassen wird, wo Menschen mit Behinderung nicht beteiligt sind.

Und zur Beteiligung muss ich noch sagen, dass es ein Unding ist, dass Menschen mit Behinderung sich nur auf eigene Kosten in den Landesgremien beteiligen können. Nicht einmal Reisekosten oder Auslagen werden erstattet. Diese Konkretisierung findet sich jetzt im aktuellen Gesetzentwurf. Das ist für mich keine Stärkung der Beteiligung, wo wir doch wissen, dass Menschen mit Behinderung nicht gerade die einkommensstärkste Gruppe sind. Bei der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes in Schleswig-Holstein sind noch viele Fragen offen. Zum Beispiel die Bedarfsermittlungsinstrumente. Hier kommt es darauf an, landesweit einheitliche Standards zu schaffen, damit es bei der Umstellung der Leistungen nicht zu Qualitätseinbußen und zu Verschlechterung der Leistungen für die Menschen mit Behinderung kommt. Bei der Umsetzung der Förderung von Arbeit für Menschen mit Behinderung sind die Regelungen im Rahmen des Budgets für Arbeit auch noch sehr wackelig. Hier bedarf es größerer Klarheit und Verlässlichkeit für die Menschen mit Behinderung. Auch die Regelungen zum Thema andere Leistungsanbieter sind nicht ausreichend präzise bzw. führen nicht dazu, die Sorgen und Befürchtungen der Menschen mit Behinderung und ihre Angehörigen über den Fortbestand und Sicherung ihrer bisherigen Arbeitsplätze und Wohnformen zu zerstreuen. ➔

➔ Insgesamt bleibt festzuhalten, dass der Prozess zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes in Schleswig-Holstein eher schleppend und langsam vorankommt.

Dies ist keine gute Voraussetzung für einen erfolgreichen Reformprozess.

Darum bleiben die Eckpunkte zur Schaffung von gleichwertigen Lebensverhältnissen für Menschen mit Behinderung in Schleswig-Holstein bestehen. Es bedarf nachvollziehbarer Standards, um die Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderung zu stärken. Es muss ein verlässlicher Rahmen geschaffen werden, um einheitliche Lebensbedingungen und

einheitliche Leistungsgewährung in ganz Schleswig-Holstein für Menschen mit Behinderung umzusetzen. Hierzu müssen die Menschen mit Behinderung selbst sowohl in die Verfahren als auch in die Bedarfsermittlung einbezogen werden. Es darf nicht vom Wohnort abhängen, damit Menschen mit Behinderung Zugang zu bestimmten Leistungen haben. Wir brauchen in Schleswig-Holstein ein flächendeckendes, qualitativ hochwertiges und ausfinanziertes Angebot, damit Menschen mit Behinderung ihr Wunsch- und Wahlrecht wahrnehmen können und in ihrer Teilhabe und Selbstbestimmung bestärkt werden.

Wolfgang Baasch





Wolfgang Baasch

Erzieher

Funktionen im Landtag

- Vorsitzender Europaausschuss
- stellv. Vorsitzender im Sozialausschuss
- stellv. Mitglied im Wirtschaftsausschuss
- Behindertenpolitischer Sprecher
- Sprecher für Arbeitsmarkt und Gewerkschaften

Kontakt | w.baasch@spd.ltsh.de

Funktionen im Landtag

- Mitglied im Umwelt- und Agrarausschuss
- Mitglied im Wirtschaftsausschuss
- Sprecherin für Fischereipolitik
- Sprecherin für Maritime Wirtschaft / Häfen und Küstenschutz
- Sprecherin für Verbraucherschutz
- Sprecherin für freie Berufe
- Sprecherin Bündnis Eine Welt (BEI)
- Mitglied BINGO-Vergaberat

Kontakt | info@kerstin-metzner.de



Kerstin Metzner

**Dipl.-Ing. Ingenieurbau
& Wasserbau**



Thomas Rother

**Diplom-Betriebswirt
& Sozialökonom**

Funktionen im Landtag

- Vorsitzender Arbeitsgruppe "Haushaltsprüfung,,
- Vorsitzender AK Innen, Wohnen, Digitalisierung, Kommunales, Recht und Gleichstellung
- Vorsitzender Beteiligungsausschuss des Landtages
- Vorsitzender Anstaltsbeirat bei der JVA Lübeck
- Stellv. Vorsitzender des 1. parlamentarischen Untersuchungsausschusses
- Ausschuss zur Vorbereitung der Wahl der Mitglieder des Landes-verfassungsgerichts

Kontakt | info@thomas-rother.de

STIMMEN FÜR LÜBECK

DER NEWSLETTER DER SPD-LANDTAGSABGEORDNETEN

Wolfgang Baasch | Kerstin Metzner | Thomas Rother | Ausgabe Nr.13 | Juni 2019

SPD-Wahlkreisbüro Wahlkreise 31, 32 & 33

Große Burgstraße 51
23552 Lübeck
Tel.: (0451) 70 272 20

Wahlkreisbüro MdL Kerstin Metzner

Dejan Petrovic



Wahlkreisbüro MdL Kerstin Metzner

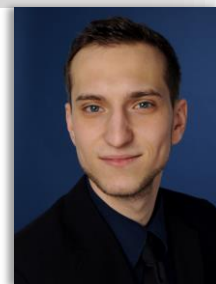
Gabriele Ulrich

Tel.: (0451) 70 272 30
E-Mail: info@kerstin-metzner.de

Wahlkreisbüro MdL Kerstin Metzner

André Seidel

E-Mail: info@kerstin-metzner.de



Wahlkreisbüro MdL Thomas Rother

Jan Schenkenberger

Tel.: (0451) 70 272 20
E-Mail: info@thomas-rother.de



Wahlkreisbüro MdL Wolfgang Baasch

Sandra Odendahl

Tel.: 0171/9337381 | (0451) 70 272 20
E-Mail: sandra.odendahl@spdluebeck.de



Wahlkreisbüro MdL Wolfgang Baasch

Ursula Wassermann

Tel.: (0451) 70 272 20
E-Mail: baasch@spd-luebeck.de

